

Herrschafts- und Regierungsformen

Es gibt 3 unterschiedliche Herrschafts- oder Regierungsformen:

- 1) Monarchie: Alleinherrschaft einer Person, welche die Geschicke des Staates lenkt (nur in absoluter M.). Monarch kommt i.d.R. durch Erbrecht auf den Thron (Gottesgnadentum). Es gibt 3 Formen: a) absolute M. → Saudi-Arabien, Katar b) konstitutionelle M. → Liechtenstein, Monaco c) parlamentarische M. → Grossbritannien, Belgien, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden, Spanien, Japan
- 2) Diktatur: Gewaltherrschaft, die Macht wird von einer Einzelperson (oder einer kleinen Gruppe) ausgeübt, z.B. durch einen Parteiführer, einen General... Es gibt 3 Formen: a) Militärdiktatur → Ägypten, Chile (1993-1990), b) Parteidiktatur → China, Nordkorea, Deutschland (1933-1945 unter Hitler), Sowjetunion (1917-1990), Theokratie (Gottesherrschaft) → Iran
- 3) Demokratie: Volksherrschaft. Das Volk ist oberster Entscheidungsträger im Staat. Es gibt 2 Formen: a) parlamentarische D., das Volk wählt das Parlament, dieses wählt die Regierung und kann sie jederzeit wieder abwählen → Deutschland, Italien, b) präsidentiale D., Parlament und Regierung (Präsident) werden unabhängig voneinander vom Volk gewählt → USA, Frankreich



I. Die Grundrechte

Artikel 1

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.



Artikel 4

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
- (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

1. Legislative

„Legislative“ ist lateinisch und bedeutet „gesetzgebende Gewalt“. In einer Demokratie ist dies das Parlament. Das Parlament besteht aus Vertretern oder Stellvertretern aus dem Volk, die in allgemeiner und geheimer Wahl vom Volk gewählt wurden.

In der Schweiz nennt man das Parlament auf Bundesebene die „Bundesversammlung“, bestehend aus Nationalrat und Ständerat. Es wird alle 4 Jahre vom Volk neu gewählt.

Auf Kantonsebene bildet das Kantonsparlament (je nach Kanton Kantonsrat, Grosser Rat oder Landrat genannt) die Legislative.

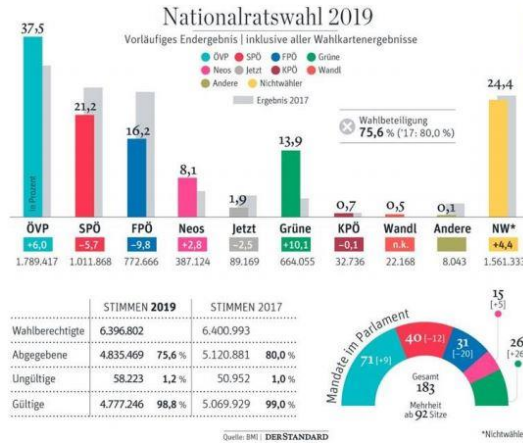
Die gesetzgebende Gewalt auf Gemeindeebene ist die Gemeindeversammlung oder das Gemeindeparlament.



Nationalrat

Gesetze vorzuschlagen, zu diskutieren und zu beschließen, ist die Aufgabe des Nationalrates. Als direkt vom Volk gewähltes Organ hat der Nationalrat aber auch wichtige Kontrollfunktionen inne: Durch Anfragen prüft er die Arbeit der Bundesregierung und kann sogar der gesamten Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder das Vertrauen entziehen und so ihre Amtsenthebung erzwingen.

Zentrale Aufgabe der 183 Abgeordneten zum Nationalrat ist die Einbringung, Vorberatung und Beschlussfassung von Gesetzen sowie die Kontrolle der Bundesregierung. Zum Rollenverständnis der Abgeordneten gehört aber auch, in ihren Wahlkreisen den Kontakt zur Bevölkerung zu halten und sich an den internationalen Aktivitäten des Parlaments zu beteiligen. Ein Grundprinzip ist das freie Mandat. Das bedeutet, dass Abgeordnete bei ihrer Tätigkeit an keinen Auftrag gebunden sind.



Obligatorisches Referendum

Jede Änderung an der Verfassung durch das Parlament untersteht dem obligatorischen Referendum, das heisst, sie muss dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden (automatische Auslösung der Abstimmung durch den Bundesrat). Obligatorisch bedeutet „verpflichtend“.

Auch der Beitritt der Schweiz zu gewissen internationalen Organisationen untersteht dem obligatorischen Referendum (Siehe Beispiel unten).

Geht es um ein obligatorisches Referendum, dann spielen auch die Kantone eine Rolle. Die Vorlage ist nur dann angenommen, wenn sowohl mehr Stimmende im ganzen Land (also im Bündlein „Ja“ als ein „Nein“ auf den Stimmzettel schreiben (bzw. ankreuzen) als auch eine Mehrheit der Kantone zustimmt. Wenn die Mehrheit des Volkes zugestimmt hat, so nennt man dies „Volksmehr“. Wenn die Mehrheit der Kantone zugestimmt hat, so nennt man dies „Ständemehr“.

Die Begründung für diese aussergewöhnliche doppelte Mehrheit wird im Schutz der kleinen und bevölkerungsarmen Kantone gesehen. Mit diesem Instrument sollen sich nicht immer die grossen und bevölkerungsreichen Kantone wie Zürich, Basel, Bern, usw. durchsetzen können. Allerdings ist damit ein deutliches Ungleichgewicht der Stimmen verbunden: so wiegt beim Ständemehr eine Stimme in dem bevölkerungsarmen Kanton Uri ungefähr 30mal so viel wie eine Zürcher Stimme.

In seltenen Fällen kommt es vor, dass eine Abstimmung ein knappes Volksmehr ergibt (etwas mehr als 50% aller Stimmen), es aber in den Kantonen kein Ständemehr ergeben hat, so dass die ganze Abstimmung mit „Nein“ gewertet werden muss. Für das Ständemehr werden die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Kantonen betrachtet. Hat in einem Kanton eine Mehrheit „Ja“ gestimmt, so ist auch die Ständestimme dieses Kantons ein „Ja“. Ständemehr bedeutet, dass eine Mehrheit der Ständestimmen erreicht ist.

Doch Achtung: Beim Ermitteln des Ständemehrs zählen die Ständestimmen der früheren Halbkantone Ob- und Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrrhoden und Appenzell Innerrhoden je nur halb. Es gibt also nur 23 Ständestimmen (und nicht 26). Damit liegt das Ständemehr bei 12. Ein Gleichstand von 11,5 zu 11,5 würde als Ablehnung gelten.

Ein bekanntes Beispiel für ein obligatorisches Referendum war die Abstimmung über eine Annäherung der Schweiz an den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), heute die Europäische Union (EU). Am 6. Dezember 1992 sprachen sich 50,2% der Schweizer Bevölkerung dagegen aus.



2. Exekutive

Das Parlament oder die Bundesversammlung macht die Gesetze. Die Regierung muss diese Gesetze ausführen, auf lateinisch bedeutet dies „exekutieren“. Die Exekutive eines Landes ist also die Regierung, die Regierenden sind also die Ausführenden der Gesetze.

Der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin ist der Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler und Bundesminister bilden zusammen die deutsche Bundesregierung. Der Regierungschef bestimmt laut Verfassung die Richtlinien der Politik. In der Praxis muss ein Bundeskanzler allerdings die Vorstellungen seiner eigenen Partei und seiner Koalitionspartner berücksichtigen.

Der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt. Der Bundeskanzler schlägt dem Bundespräsidenten die Bundesminister vor; ohne diesen Vorschlag kann der Bundespräsident niemanden zum Bundesminister ernennen. Ohne Mitwirkung des Bundespräsidenten ernannt der Bundeskanzler einen der Bundesminister zum verfassungsmässigen Stellvertreter, welcher auch als Vizekanzler bezeichnet wird, wobei diese Bezeichnung offiziell nicht existent ist.





3. Judikative

„Judikative“ bedeutet auf lateinisch „richterliche Gewalt“. Neben Legislative und Exekutive ist sie die 3. Gewalt im Staat.

Das Schweizer Bundesgericht hat seinen Sitz in Lausanne (es gibt auch noch Bundesgerichte in Luzern und Bellinzona). Es wird wie die Regierung auch von der Bundesversammlung gewählt (aber nicht alle gleichzeitig wie bei den Bundesräten).

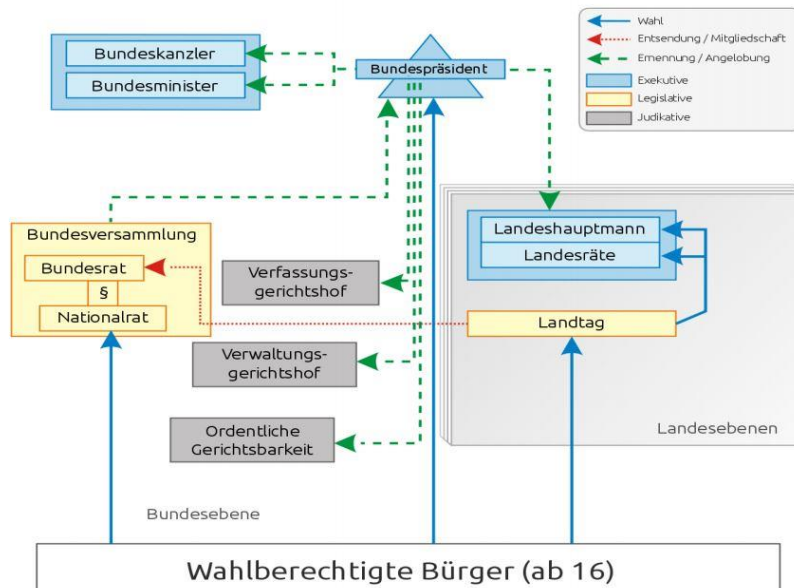
Manchmal kommt es zu unterschiedlichen Auffassungen oder sogar zu Streit zwischen dem Parlament und der Regierung.

Meistens wird darüber im Parlament diskutiert und häufig ein Kompromiss gefunden.

Manchmal aber können sich Parlament und Regierung nicht einigen. In einem solchen Fall können eine oder beide Parteien das Bundesgericht anrufen und dieses muss dann darüber entscheiden, welche Rechte gelten und welche der beiden Seiten recht hat. Oder aber es findet selbst einen Kompromiss.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Judikative ist, sowohl Parlament (Legislative) als auch Regierung (Exekutive) daraufhin zu überwachen, ob diese die Verfassung einhalten und nicht die Rechte der Bürger verletzen.

Übersicht
Politisches
System
Österreich
und
Gewalten-
teilung



Wahlrecht

Wer ist in Deutschland wahlberechtigt
(aktives Wahlrecht)?



Wichtigste Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht sind die entsprechende Staatsangehörigkeit, in den meisten Fällen eine Mindestdauer der Wohnsitznahme im Wahlgebiet und das Alter am Wahltag. So ist man nach vollendetem 18. Lebensjahr bei der Bundestagswahl, Landtagswahlen und Kommunalwahlen wahlberechtigt. Abweichend davon bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein, den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg sowie den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein schon mit dem vollendeten 16. Lebensjahr.

Wer darf kandidieren und gewählt werden (passives Wahlrecht)?

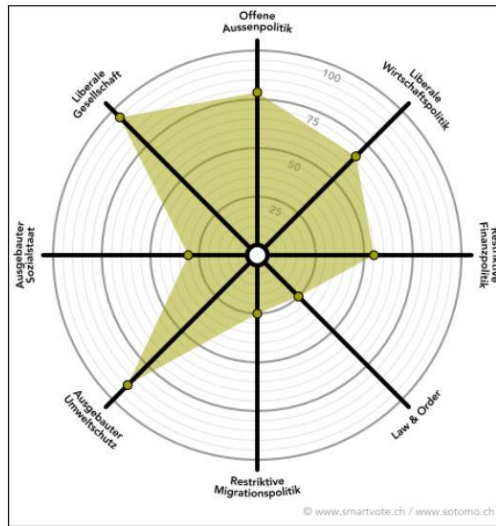
Abweichend von den Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht gibt es teilweise zusätzliche Voraussetzungen für das passive Wahlrecht, etwa ein notwendige längere Wohnsitznahme im Wahlgebiet oder ein höheres Wahlalter. Das für die Wählbarkeit notwendige Alter beträgt bei der Wahl in den Deutsche Bundestag, in die deutschen Landtage oder Kommunalvertretungen in der Regel 18 Jahre, eine Ausnahme ist die Wahl in den Hessischen Landtag, für die man 21 Jahre alt sein muss.

Grünliberale Partei

Die Grünliberalen sehen sich als Partei der politischen Mitte und stehen damit nicht links wie die Grüne Partei der Schweiz.

Sie wollen eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik konsequent mit einer nachhaltigen Umweltpolitik verbinden.

Differenzen zur Grünen Partei bestehen insbesondere in wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Fragen. Die Grünliberale Partei versucht die Wirtschaft mit der Umwelt zu versöhnen.



Parteienspektrum II

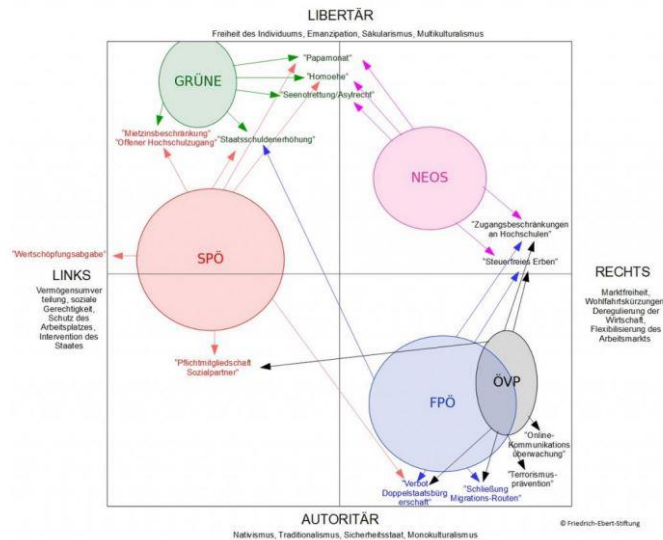
In der nebenstehenden Graphik ist das alte Rechts-links-Schema erweitert worden entlang einer kulturellen (von oben nach unten) und einer wirtschaftlichen (von links nach rechts) Achse:

Egalitär: auf soziale Gleichheit ausgerichtet

Elitär: eine Elite (Auswahl der Leistungsstärksten) bildend

Libertär: freiheitlich ausgerichtet

Autoritär: Gehorsam fordernd



Wen wählen?

Wie kann ich herausfinden, welche Partei meine politische Haltung/Einstellung/Meinung am besten vertritt?

Man kann sich informieren:

- das Parteiprogramm lesen
- auf der Partei-Website nachschauen
- auf Online-Portalen Fragen beantworten. Danach erhält man als Ergebnis die Partei, mit der man am meisten Gemeinsamkeiten hat, z.B.

www.wahl-o-mat.de



Lies Dir das Dossier zur Staatskunde Deutschlands gut durch und beantworte folgende Fragen:

1. Welche 3 Bedingungen braucht es, damit man von einem Staat sprechen kann?

2. Schreibe mindestens 5 Begriffe auf, die Deiner Meinung nach zur Staatskunde gehören:

3. Zwischen welchen 3 Herrschafts- oder Regierungsformen kann man unterscheiden?

4. Was bedeutet das Wort „Demokratie“?

Staatskunde Österreich Aufgaben

12. Was bedeutet „Legislative“?

Rechteckiges Ausschneiden

13. Wer macht in einer Demokratie die *Gesetze*?

14. Wie nennt man in Österreich den Ort, bzw. die Institution (Einrichtung), an dem über *Gesetze* beraten und entschieden wird?

15. Welche zwei wichtige Aufgaben hat das Parlament?

16. Nenne 3 Beispiele, für welche *Gesetze* das Parlament zuständig ist?

17. Welche Parteien sind zur Zeit im Bundestag vertreten?

Staatskunde Schweiz Aufgaben

34. Was bedeutet „obligatorisch“?

35. In welchen Fällen muss in der Schweiz das obligatorische Referendum durchgeführt werden?

36. Was bedeutet „Volksmehr“ und wie hoch (%) liegt es?

37. Was bedeutet „Ständemehr“ und wie hoch (Anzahl) liegt es?

38. Was bedeutet „Doppeltes Mehr“?

39. Wann ist ein obligatorisches Referendum angenommen?

40. Wann ist ein obligatorisches Referendum abgelehnt?

Aufgabe und Wesen des Rechts

Jedes Zusammenleben von Menschen braucht Ordnungsregeln. Der Staat greift ordnend ein und erlässt Verhaltensvorschriften mit Befehlscharakter, die sogenannte Rechtsordnung.

Das menschlich Verhalten wird aber nicht nur durch vorgeschriebene Rechtsregeln, sondern auch durch Sitte und Moral (Sittlichkeit) bestimmt.

1. Moral (Ethik): Die eigenen Wertvorstellungen, die eigene Gesinnung, prägen die innerer Einstellung und „regeln“ ein inneres Verhalten, welches von außen oder durch den Staat nicht erzwingbar ist. Beispiele: Ob man an Gott glaubt und wenn ja, an welchen, ist allein die eigene Angelegenheit. Welche Meinung man zu politischen Fragen hat, ist auch eigene Sache.

2. Sitte: Dies sind (meist ungeschriebene) Regeln des Brauchtums, des Anstandes und der Höflichkeit in einem entsprechendem Land. Sie beeinflussen das äußere Verhalten, sind aber nicht erzwingbar. Beispiel: In deutschsprachigen Ländern ist es üblich, sich bei Begrüßungen die Hand zu schütteln. Man kann dies aber nicht erzwingen, es gibt Menschen aus anderen Kulturkreisen, die das nicht möchten und/oder andere Begrüßungsrituale kennen (z.B. Wangenküsschen in frankophonen Ländern oder das Zusammenlegen der Hände vor der Brust und leichtes Verbeugen vor dem anderen „Namaste“).

3. Recht: Geschriebene Gesetze, die das äußere Verhalten bestimmen. Bei Nichteinhaltung sind sie durch den Staat erzwingbar. Beispiel: Obwohl nicht alle Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz Christen sind, sind z.B. der 25. und 26. Dezember für alle Feiertage. An diesen Tagen ist z.B. das Öffnen von Geschäften oder die Abhaltung von lauten Tanzabenden in Diskotheken oder sonstigen Veranstaltungsorten nicht erlaubt. Zuwiderhandlungen können angezeigt und mit Ordnungsstrafen (Geldbußen) geahndet werden.



Rechtsgebiete des privaten Rechts (Zivilrecht)

Deutschland „Bürgerliches Gesetzbuch“ (BGB)	Schweiz „Zivilgesetz- buch“ (ZGB)*	Österreich „Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch“ (ABGB)
Allgemeiner Teil Personenrecht	Einleitungsartikel Personenrecht	Allgemeiner Teil Personenrecht
Schuldrecht	Obligationenrecht (5)	Schuldrecht
Sachenrecht	Sachenrecht (4)	Sachenrecht
Familienrecht	Familienrecht (2)	Familienrecht
Erbrecht	Erbrecht (3)	Erbrecht

Sowohl in Deutschland, der Schweiz und Österreich ist das Privatrecht in 5 mehr oder weniger gleichlautende Bereiche aufgeteilt.

*in der Schweiz sind die Privatrechtsbereiche in einer anderen Reihenfolge im Zivilgesetzbuch aufgelistet als in Deutschland und Österreich

Geschäftsfähigkeit (D,A)/Handlungsfähigkeit (CH)

Unter Geschäftsfähigkeit, bzw. in der Schweiz Handlungsfähigkeit, versteht man die Fähigkeit Rechtsgeschäfte vollumfänglich abwickeln zu können.

Man unterteilt die Geschäftsfähigkeit in drei Bereiche

1. Geschäftsunfähigkeit (Kinder unter 7 Jahre und Personen mit bestimmten geistigen Behinderungen, die die eigene Urteilsfähigkeit beeinträchtigen)

2. beschränkt geschäftsfähig sind Kinder zwischen 7 und 18 Jahren. Kinder bis 13 können kleine Geschäfte, die im Verhältnis stehen, abwickeln (z.B. der Einkauf eines Kaugummis), Jugendliche ab 14 können ihr Taschengeld oder ihr Lehrlingsgeld selbstständig ausgeben (z.B. zum Kauf eines Handys). Ausgeschlossen sind Verträge mit fortlaufenden Verpflichtungen (z.B. Mobilfunkverträge).

3. Geschäftsfähig sind alle ab dem 18 Lebensjahr, sofern diese nicht

Die volle Geschäftsfähigkeit, bzw. Handlungsfähigkeit setzt also einerseits Mündigkeit (Volljährigkeit) und andererseits die volle Urteilsfähigkeit voraus.

- Hier sind Beispiele für Geschäftsfähigkeit:

- Man ist geschäftsfähig, wenn man einen Vertrag abschließen darf, zum Beispiel einen Kaufvertrag oder einen Arbeitsvertrag.
- Man ist geschäftsfähig, wenn man regeln darf, wer etwas nach seinem Tod erbt.
- Man ist geschäftsfähig, wenn man einen Kredit aufnehmen darfst.
- Man ist geschäftsfähig, wenn man mit anderen einen Verein gründen darfst.

Bei all diesen Beispielen muss man in der Regel eine Unterschrift leisten.

Wenn man unterschreibt, wird es gesetzlich gültig. Das heißt, dass Menschen das umsetzen, was man unterschrieben hat. Sie müssen sich auch daranhalten.

Wenn man etwas unterschreibt, kann man das in den meisten Fällen aber auch widerrufen oder kündigen, solange man geschäftsfähig ist.



Private:	0 – 6 Jahre	7 – 13 Jahre	14 – 17 Jahre	ab dem 18. Geburtstag
	unmündige Minderjährige		mündige Minderjährige	Volljährige
	geschäftsunfähig		beschränkt geschäftsfähig	geschäftsfähig
Welche Geschäfte können abgeschlossen werden?	Alterstypische, geringfügige Geschäfte; z.B. 6-Jähriger kauft ein Eis, 12-Jährige kauft eine Kinokarte.		Käufe mit Taschengeld bzw. eigenem Einkommen (z.B. Lehrlinge), solange ihr Lebensunterhalt nicht gefährdet wird, außer die Eltern stimmen zu.	alle gesetzlich erlaubten Geschäfte

Strafprozess

Wenn der Staat als Ankläger auftritt, spricht man von einem Strafprozess. Bei schweren Vergehen und Verbrechen, greift der Staat von Amtes wegen ein (Offizialdelikt).

Bei Vergehen leichterer Natur findet ein Strafprozess nur auf Antrag der geschädigten Partei (Antrags- oder Privatdelikt) statt.

Im Strafverfahren werden folgende Phasen durchlaufen:

Phase 1: Polizeiliche Ermittlung

Aufgabe der Polizei ist es, den Tatbestand aufzunehmen, Beweise zu sichern und eventuell Verdächtige festzunehmen.

Phase 2: Voruntersuchung

Ein Staatlicher Beamter prüft, ob das Beweismaterial für die Anklageerhebung ausreicht oder ob das Verfahren eingestellt werden muss.

Phase 3: Hauptverfahren

Durch Anklageerhebung des Staatsanwaltes beginnt der Strafprozess. Es gilt die Unschuldsvermutung, im Zweifel für den Angeklagten.

Phase 4: Urteil

Je nach Schwere des Vergehens wird eine Geldbuße, Haft, Gefängnis oder die Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt/Zuchthaus verhängt

Phase 5: Rechtsmittelbelehrung

Eine Berufung, bzw. der Weiterzug an die nächsthöhere Gerichtsstanz ist für Kläger und Angeklagter möglich.

Phase 6: Strafvollzug

Wenn keine Berufung oder kein Weiterzug möglich ist, wird das Urteil rechtskräftig und durch die Verwaltungsbehörde vollzogen. Der Verurteilte muss die verhängte Strafe bezahlen oder die Haft antreten.

Der Gang eines Strafverfahrens



Fahrlässige Tötung

Fahrlässige Tötung ist eine Straftat aus dem Bereich der Tötungsdelikte (Delikte mit Todesfolge) in Zusammenhang mit Fahrlässigkeit (mangelnder Umsicht und Sorgfalt) und steht damit in klarem Gegensatz zu den vorsätzlichen Tötungen. Sie wird in den verschiedenen Ländern unterschiedlich bestraft.

Die **fahrlässige Tötung** ist eine Straftat, die mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu 3 (CH, A) oder 5 (D) Jahren bestraft wird.

Beispiel: Anton und Paul gehen in die 1. Klasse und sind befreundet. Beide spielen bei Anton zuhause verstecken. Anton versteckt sich im Schlafzimmerschrank seiner Eltern und findet dabei eine Pistole. Als Paul ihn schließlich im Schrank findet, kommt Anton mit der Pistole heraus und will Paul erschrecken, in der Annahme, es sei eine Spielzeugpistole. Dabei löst sich ein Schuss und verletzt Paul tödlich.

Da Anton noch nicht 7 Jahre alt ist, ist er deliktunfähig und kann nicht angeklagt werden. Sein Vater allerdings wird wegen fahrlässiger Tötung angeklagt und verurteilt. Er hat seine Pistole nicht ordnungsgemäß unzugänglich verschlossen und die Munition wie gesetzlich verlangt - nicht getrennt von der Waffe aufbewahrt. Da er die Waffe auch noch illegal besaß (ohne Waffenschein), wird der Vater zur Höchststrafe verurteilt, da er „den Tod des Kindes fahrlässig herbeigeführt habe“. Außerdem wird er noch wegen illegalem Waffenbesitzes verurteilt.

Sehr häufig kommen fahrlässige Tötungen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen vor, wenn z.B. aus Unachtsamkeit oder Übertretung von Verkehrsregeln ein Unfallbeteiligter zu Tode kommt. Hier muss das Gericht ganz genau den Unfallvorgang aufklären, um entscheiden zu können, ob eine fahrlässige Tötung vorliegt.

Nimmt zum Beispiel ein Autofahrer einem Fahrradfahrer die Vorfahrt und der Fahrradfahrer kommt dabei zu Tode, so handelt es sich um fahrlässige Tötung. Anders ist es im Fall einer Autofahrerin, die unter Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit von 50km/h eine Straße entlang fährt, an der am rechten Straßenrand Autos geparkt sind. Plötzlich kommt zwischen zwei Autos ein Kind hervor und will die Straße queren. Trotz sofortiger Vollbremsung erfasst die Autofahrerin das Kind und verletzt es tödlich. Vor Gericht kann ihr keine Fahrlässigkeit nachgewiesen werden und sie wird freigesprochen. Anders wäre es gewesen, wenn sie zu schnell gefahren wäre oder während der Fahrt mit ihrem Handy telefoniert hätte.



Totschlag

Oben genannte **Mordmerkmale** sind **entscheidend für die Beurteilung**, ob es sich bei einem schweren Tötungsdelikt um einen Mord oder einen Totschlag handelt, denn:

Das Gesetz definiert einen "Totschläger" als eine Person, die "einen Menschen tötet, ohne Mörder zu sein" - Mordmerkmale sind bei der Tat also nicht vorhanden bzw. nicht nachweisbar.

Wichtig ist für die Erläuterung des Totschlags jedoch auch, inwieweit **Fahrlässigkeit oder Vorsatz** Teil der Tatbegehung sind. Grundsätzlich muss für eine Verurteilung wegen Totschlags auf eine **vorsätzliche Handlung** erkannt werden. Dabei genügt bereits der Nachweis des **bedingten Vorsatzes**, bei dem der Beschuldigte den Erfolg des Tatbestands - den Tod des Opfers - zumindest für möglich hält und dabei auch billigend in Kauf nimmt.

Vorsatz und Fahrlässigkeit schließen einander aus, sodass nur ein vorsätzlicher, kein fahrlässiger Totschlag als Tatbestand möglich ist.

Das Strafmaß für Totschlag beträgt in Deutschland 5-15 Jahre, in Österreich 5-10 Jahre und in der Schweiz 1-10 Jahre (hier ist das Strafmaß für Totschlag im Affekt schon berücksichtigt).

Beispiel:

Zwei Männer hatten sich erst wenige Stunden zuvor beim Bierkauf kennengelernt. Sie verabredeten sich zum Trinken in der Wohnung des Täters. Das Opfer outete sich hier als homosexuell und soll den Täter auch berührt haben. Der Täter forderte den Mann daraufhin auf, seine Wohnung zu verlassen, was dieser jedoch nicht tat. Daraufhin folgte eine handfeste Auseinandersetzung. Der Täter würgte das Opfer bis zur Bewusstlosigkeit. Als er das Opfer für tot hielt, schaffte er die Leiche aus der Wohnung. Der Täter verbrachte das Opfer in seinem Wagen zu einer Brücke und rollte es die Böschung hinunter. Wie sich später herausstellte, lebte das Opfer zu diesem Zeitpunkt noch. Es landete in einem Fluss, wo es ertrank.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass es dem Täter trotz seiner Alkoholisierung klar gewesen war, dass er das Opfer durch das Würgen töten kann. Dies wurde durch ihn billigend in Kauf genommen. Mordmerkmale konnten jedoch nicht festgestellt werden. Dass ein Teilgeständnis abgelegt wurde, wirkte sich strafmildernd aus. Ebenso wie die Tatsache, dass der Täter zuvor durch das Opfer gegen seinen Willen berührt wurde. Außerdem wurde berücksichtigt, dass der Täter schon seit Jahren alkoholabhängig sei. Verurteilt wurde der Täter schließlich zu neun Jahren Freiheitsstrafe. Angeordnet wurde auch der Aufenthalt in einer Entzugsklinik.

Rechtskunde

Aufgaben

Lies Dir das Dossier zur Rechtskunde durch und beantworte die Fragen

1. Mit welchen Wörtern ist der Begriff „Recht“ verwandt?
2. Um was geht es bei „Recht“?
3. Wie nennt man aufgeschriebenes Recht?
4. Was ist eine „Verfassung“, um was geht es darin?
5. Wie nennt man das Recht, das zwischen zwei Menschen entsteht, wenn sie etwas gemeinsam verabreden und dies dann schriftlich festhalten?
6. Wie nennt man den Studiengang, in dem man „Recht“ studiert?
7. Für welche Berufe muss man Recht studieren?

82. Welche 4 Arten der Sterbehilfe gibt es?

83. Was versteht man unter Notwehr?

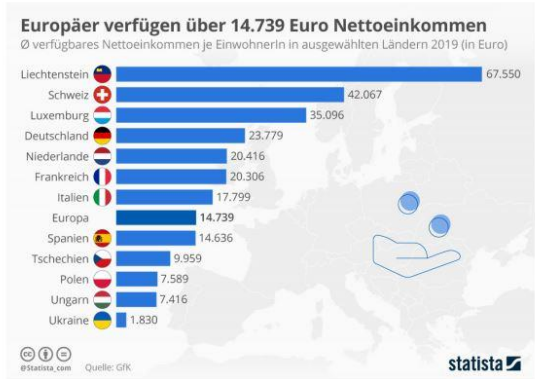
84. Erfinde ein Beispiel, bei dem trotz schwerer gesundheitlicher Schädigung des Angreifers der Angegriffene freigesprochen wird, weil er in Notwehr gehandelt hat.

85. Erfinde ein Beispiel, bei dem der Angreifer eine schwere gesundheitliche Schädigung erleidet und der Angegriffene sich nicht auf Notwehr berufen kann:

Die Schweiz - ein reiches Land

Die Schweiz ist eines der wohlhabendsten Länder der Erde, die es gibt. Schaut man sich das Pro-Kopf-Einkommen der Bürger an, also das Einkommen, das jeder Bürger im Durchschnitt verdient, dann ist die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und weltweit ein sehr reiches Land. Das bedeutet nicht, dass es nicht auch ärmere Leute in der Schweiz gibt, aber der Durchschnitt liegt eben hoch.

Beim Nettovermögen, also dem Besitz an Geld, Immobilien oder Wertanlagen (z.B. Aktien) liegt die Schweiz im Jahr 2015 sogar an der Spitze weltweit gesehen. Jede/r Schweizer/Schweizerin besitzt statistisch gesehen im Durchschnitt über 170.000 Franken Vermögen.



Tourismus

Eine große Rolle bei den Dienstleistungen spielt der Tourismus. In den Alpen wird im Sommer gewandert, im Winter Ski gefahren. Dazu kommen Städte wie Wien, Salzburg oder Graz, die auch viele Besucher aus dem Ausland anziehen.

Weltweit an erster Stelle steht Österreich bei den Pro-Kopf-Einnahmen aus dem Tourismus. Die meisten Gäste aus dem Ausland kommen aus Deutschland. Insgesamt kommen jährlich rund 18 Millionen Menschen nach Österreich.



Maschinenbau, Chemieindustrie und Autoindustrie

Ihre Wettbewerbsfähigkeit und globale Vernetzung verdankt die deutsche Wirtschaft einer starken Innovationskraft und hoher Exportorientierung. In den umsatzstarken Branchen Automobilbau, Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemieindustrie sowie in der Medizintechnik macht der Export weit über die Hälfte des Umsatzes aus.





Arbeit und Rohstoffe

Wirtschaften benötigt:

1. menschliche Arbeit und 2. Rohstoffe

um menschliche Bedürfnisse befriedigen zu können.

1. Mit Arbeit meint man meist eine Tätigkeit, die man macht, um Geld zu verdienen. Manchmal benutzt man auch das englische Wort Job. Wer arbeitet, wird auch Arbeitnehmer genannt. Arbeitgeber ist zum Beispiel ein Unternehmen. Das sagt, welche Arbeit der Arbeitnehmer erledigen soll.

Das ganze ist wie so eine Art Tauschgeschäft. Der Arbeitnehmer hilft dabei, die täglichen Aufgaben in einem Unternehmen zu erledigen. Dafür gibt das Unternehmen ihm Geld. Dieses Geld heißt Lohn. Den Lohn braucht der Arbeitnehmer, um wichtige Sachen wie Nahrung, Kleidung und eine Wohnung zu bezahlen.

2. Ein Rohstoff ist etwas aus der Natur, das die Menschen verwenden können. Rohstoffe sind noch nicht bearbeitet, darum nennt man sie „roh“. Man kann sie nach verschiedenen Gesichtspunkten in Gruppen einteilen. Eine wichtige Frage dabei ist, ob sich die Rohstoffquellen einmal erschöpfen oder nicht. Aus dem englischen Wort für Quelle haben wir den Ausdruck „Ressource“, sprich: Rössurse.

Mit Rohstoff meint man einen Stoff aus der Chemie, also etwas, was man berühren, wägen, sehen oder auf eine ähnliche Art und Weise erfassen kann. Sonnenstrahlen sind zwar auch sichtbar, die Sonnenenergie hingegen nicht. Man zählt sie deshalb zu den erneuerbaren Energien, nicht zu den Rohstoffen.



3 Wirtschaftsbereiche

Das Wirtschaftsleben braucht Rohstoffe.

Ohne menschliche Arbeit können diese nicht zu Waren verarbeitet werden.

Das Wirtschaftsleben selbst gliedert sich in 3 Bereiche:

1. Die URPRODUKTION

Hier pflegen und bearbeiten Menschen die lebendige Erde, sorgen für Nahrung und fördern die Rohstoffe für den 2. Bereich

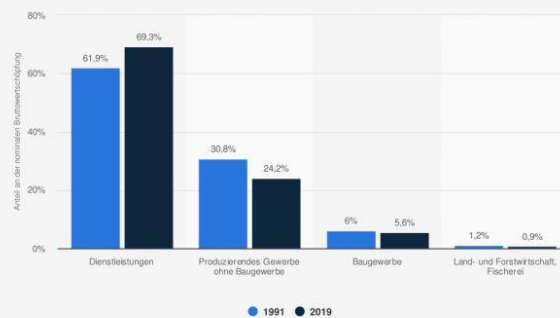
2. Die SACHGÜTERPRODUKTION

Hier stellen Menschen aus Rohstoffen Waren und Güter her

3. Die DIENSTLEISTUNGEN

Hier helfen Menschen, die beiden ersten Bereiche miteinander zu verbinden (zu organisieren).

Anteil der Wirtschaftszweige an der Bruttowertschöpfung* in Deutschland im Jahresvergleich 1991 und 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt © Statista 2020

Weitere Informationen: Deutschland

Tertiärsektor

Der Tertiärsektor (tertiär bedeutet dritte/r) wird auch Dienstleistungssektor genannt. In dem dritten Bereich werden die Güter verteilt und verbraucht. Alle Berufe, die nicht den ersten beiden Sektoren zugewiesen werden können, fallen unter diesen Bereich. Banken, Handel, Verwaltungen, Verkäufer*innen, Arzt*innen, Kranken- und Altenpfleger*innen, Journalist*innen, Anwalt*innen, Gastgewerbe, Versicherungen, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Kulturschaffende und viele weitere bilden den Dienstleistungssektor. Damit ist dieser Sektor vor allem sehr personalintensiv, man benötigt also viele Arbeitskräfte.

In Deutschland, Österreich, der Schweiz und anderen wirtschaftlich hochentwickelten Ländern sind die meisten Menschen im Tertiärsektor beschäftigt, gefolgt von der Industrie. Die wenigsten sind in der Urproduktion tätig.



Der „erweiterte“ Wirtschaftskreislauf

Wenn man den „erweiterten Wirtschaftskreislauf“ im Modell darstellt, werden noch andere Dinge mit einbezogen.

In den Haushalten wird natürlich nicht das ganze Einkommen für Dinge des täglichen Lebens ausgegeben, sondern Teile des Geldes werden zur Bank gebracht. Die Banken verleihen das Geld an Firmen, die wiederum neue Maschinen anschaffen können. Die Unternehmen, die sich Geld von der Bank ausgeliehen haben (z.B. für moderne Maschinen) produzieren Güter und verdienen mit ihrem Verkauf Geld. Für die Kredite der Bank zahlen sie dieser Zinsen an die Bank. Und auch die Haushalte erhalten von der Bank Zinsen dafür, dass sie ihr Geld ausgeliehen haben.

Auch der Staat wirkt in diesem Modell mit. Von den Haushalten fließen ihm Steuern zu, dafür zahlt er an die Haushalte Löhne und Sozialleistungen. Auch von den Unternehmen erhält er Steuern, umgekehrt bekommen sie vom Staat Geld für staatliche Aufträge oder Subventionen.

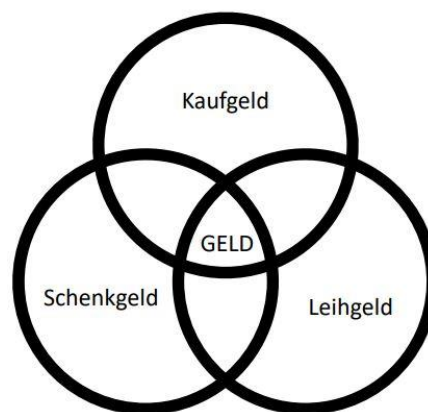
Und auch zwischen Banken und dem Staat findet ein wirtschaftlicher Geldverkehr statt. Die Banken leihen dem Staat Geld für Kredite und Darlehen, umgekehrt erhalten sie von ihm dafür Zinsen.



Die 3 Qualitäten des Geldes

Geld ist nicht immer gleich Geld. Geld kann unterschiedlich verwendet werden, es nimmt je nach Situation unterschiedliche Qualitäten an.

1. Ich kann damit etwas kaufen. Hier bekomme ich für mein Geld unmittelbar eine Ware oder Dienstleistung als Gegenleistung.
2. Ich kann Geld an jemand anderen verleihen. Hier bekomme ich nicht sofort eine Gegenleistung dafür. Ich vereinbare aber, dass ich mein Geld oder eine andere Gegenleistung später von ihm zurückbekomme. Für das Ausleihen kann ich eine Gebühr verlangen: die Zinsen.
3. Ich kann Geld verschenken. Hier erwarte ich von dem anderen keine geldwerte Gegenleistung.



Zinsen

Das Wort Zinsen stammt von dem lateinischen Wort *census* und bedeutet Schätzung. Wenn man sich zum Beispiel ein Auto kaufen möchte oder eine neue Küche und eine solche hohe Summe nicht auf einmal aufbringen kann, gibt es die Möglichkeit, einen „Kredit“ aufzunehmen. Das heißt, man kann unter gewissen Voraussetzungen zur Bank gehen und sich Geld leihen. Der Kredit ist die Geldsumme, die die Bank verleiht.

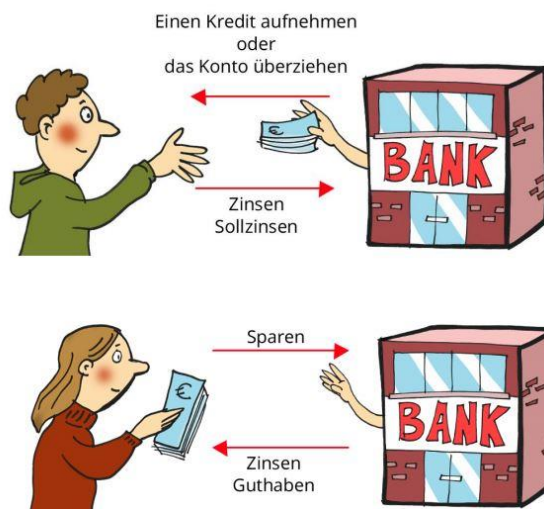
Zu diesem Betrag werden nun aber noch zusätzlich Zinsen - das ist ein Extra-Geld - berechnet. Zinsen sind zum einen also Gebühren für das Ausleihen von Geld. Da die Bank an diesem Geschäft verdienen möchte, berechnet sie möglichst hohe Zinsen. Das bedeutet also, dass man später nicht nur den Betrag des geliehenen Geldes, sondern zusätzlich auch die Zinsen an die Bank zurückzahlen muss. Im Allgemeinen zahlt man dieses Geld dann regelmäßig in kleineren Summen „stückweise“ an die Bank zurück. Dieser Prozess wird in einem Vertrag geregelt. Diese Art von Zinsen haben einen bestimmten Namen, man nennt sie Sollzinsen.

Umgekehrt bekommt man auch Zinsen von der Bank, wenn man sein Geld bei der Bank anlegt, es ihr sozusagen ausleiht. In diesem Fall verlangt man also selbst eine Gebühr für das Verleihen von Geld. Allerdings wird die Bank in der Regel dafür nur einen geringen Betrag bezahlen, man nennt die auch „Haben-Zinsen“.

Die Differenz von den hohen Ausleihgebühren der Bank an die Kreditnehmer und den niedrigen Zinsen, die sie an die Kreditgeber (Sparer) gibt, bleibt als Gewinn bei der Bank.

Man kann es auch so formulieren:

Unter Zinsen versteht man den Preis für zeitweilig überlassenes Geld. Für den Kreditgeber sind Zinsen der Ertrag aus der Geldanlage. Für den Kreditnehmer sind die Zinsen die Kosten für das erhaltene Geld.



Lies Dir das Dossier Wirtschaftskunde gut durch und beantworte die Fragen:

1. Woher stammt der Name „Wirtschaft“?

Freies Ausschneiden

2. Was ist ein „Selbstversorger“?

3. Was ist der Vorteil des Tauschens gegenüber der reinen Selbstversorgung?

4. Was ist der Vorteil des Geldes gegenüber dem Tauschen von Gegenständen?

5. Um was geht es beim „Wirtschaften“?

26. Was trifft auf einem Markt aufeinander?

Rechteckiges Ausschneiden

27. Wie nennt man diejenigen, die etwas verkaufen wollen (nenne alle 3 Bezeichnungen)?

28. Wie nennt man diejenigen, die etwas kaufen wollen (nenne alle 3 Bezeichnungen)?

29. Um was geht es bei Angebot und Nachfrage?

30. Vollende den Satz: „Je niedriger der Preis, desto...“

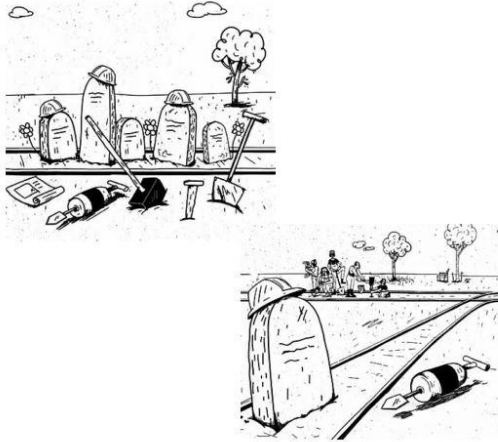
...

31. Vollende den Satz: „Je höher der Preis, desto...“

...

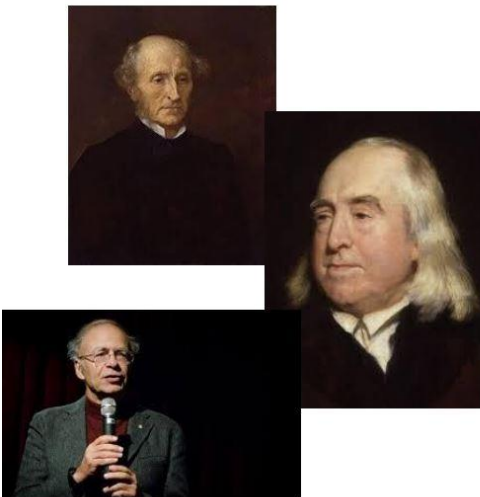
31. Zeichne anhand eines Koordinatensystems das Prinzip des Modells von Angebot und Nachfrage und beschrifte es?

Darf man opfern, um zu retten? Gedankenexperiment: Das Strassenbahndilemma



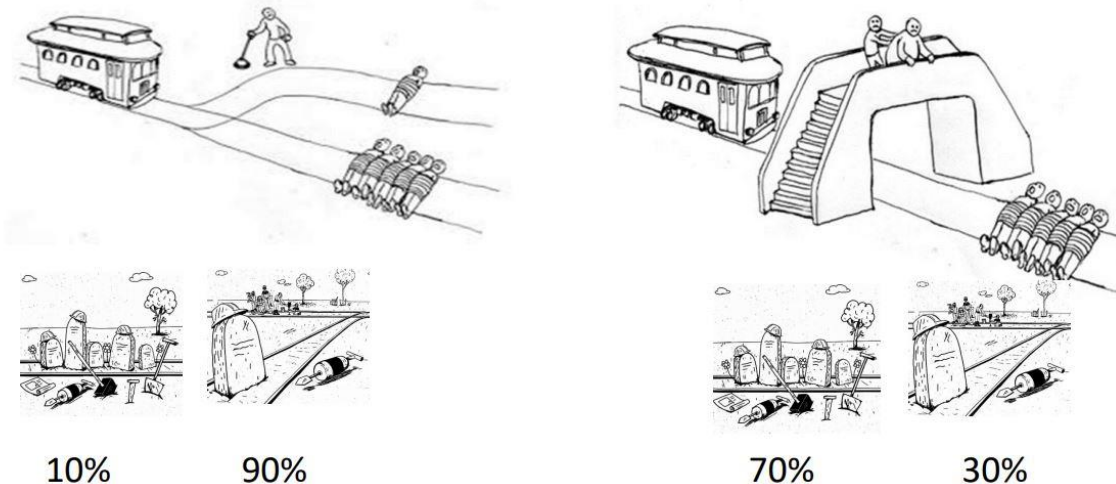
- Was ist schlimmer: Fünf Menschen sterben lassen oder einen Menschen töten? Dürfen Menschenleben gegeneinander abgewogen werden? Um diese ethischen Fragen dreht sich das Gedankenexperiment «Strassenbahn», das uns die zwei wichtigsten Theorien der Moral näher bringt: Utilitarismus und Pflichtethik.

Das grösste Glück für viele



- Bei dem «Strassenbahndilemma» stehen sich die zwei einflussreichsten Moraltheorien gegenüber. Gemeint sind der Utilitarismus (Lehre des Nützlichkeitsprinzips) und die Pflichtethik. Gemäss dem Utilitarismus bemisst sich der moralische Wert einer Handlung allein an den erwartbaren Folgen der Handlung: Wenn du wissen willst, ob eine Handlung gut ist, dann schau, was dabei herauskommt.
- Für die Praxis heisst das: Handle so, dass durch deine Handlung das Glück der Betroffenen maximiert und das Leid minimiert wird. Das grösste Glück für die grösste Zahl - darin besteht das Ziel der Moral. Die Begründung «Besser ein Toter als fünf» ist also eine utilitaristische Begründung. Wichtige Vertreter des Utilitarismus waren die beiden englischen Philosophen Jeremy Bentham (1748-1832) und John Stuart Mill (1806-1873). Der bekannteste gegenwärtige Vertreter dieser Denkrichtung ist der australische Philosoph Peter Singer.

Vergleicht Eure Abstimmungsresultate mit den Abstimmungsresultaten von Testpersonen. Habt Ihr ähnlich abgestimmt oder anders? Warum fallen die Abstimmungen der Testpersonen so unterschiedlich aus?



Darf man Diktatoren töten?



Tyrannenmord



Der Begriff Tyrannenmord bezeichnet die Tötung - meist durch Attentat - eines als ungerecht empfundenen Herrschers (Tyrannen), der das Volk bzw. die Bürger gewaltsam unterdrückt. Er ist ein politischer Mord.

Bereits in der antiken Philosophie wurde diskutiert, ob der Tyrannenmord ein legitimes (rechtmäßiges) Mittel zur Befreiung der Bürger sei. Es stellt sich die ethische Frage, was für die Angehörigen eines Gemeinwesens schwerer zu verantworten ist: dass die Mitbürger Unterdrückung, Gewalt oder gar den Tod durch den Tyrannen erleiden oder dass man die Schuld eines Mordes auf sich lädt, wenn man den Gewaltherrscher durch ein Attentat beseitigt. Weil dadurch auch die bestehende staatliche Ordnung (die Alleinherrschaft als Monarchie oder Diktatur) grundsätzlich in Frage gestellt wird, lehnten die „Monarchien“ der Neuzeit den Tyrannenmord als letztes Mittel der Politik vehement ab.

Das deutsche Grundgesetz enthält seit 1968 in Art. 20 Abs. 4 ein Widerstandsrecht. Es ist im Staatsrecht umstritten, ob davon auch das Recht auf Anschläge oder gar Tötungen umfasst ist. Einige Meinungen bejahen dies, um die grundgesetzliche freiheitliche demokratische Grundordnung wiederherzustellen.

Bild: Cäsars Ermordung

Wie würdest Du entscheiden? Stimmt in der Klasse ab und schreibt die Ergebnisse an die Tafel:

Würdest Du einen Diktator/Tyrannen töten und damit viele Menschenleben retten...



...wenn Du das Attentat per Knopfdruck (z.B. einer ferngesteuerten Bombe oder einer Drohne) ausführen könntest und selbst nicht in Gefahr gerätst?